
Protokoll der Delegiertenversammlung vom 20. März 1999 in Luzern

Tagespräsident: Adrian Schmid

Dauer: 13.00 - 18.00 Uhr

1. Begrüssung

Der grüne Regierungsratskandidat Louis Schelbert begrüsst die Delegierten im Namen des Grünen Bündnis Luzern. Die Region Luzern habe mit verschiedenen Problemen zu kämpfen: Finanzlage, Arbeitslosigkeit, Verkehr. Gerade für Luzern sei eine Debatte über strukturelle Reformen dringend nötig: die grossen Unterschiede in steuer- und finanzpolitischer Hinsicht zwischen Luzern und den Nachbarantonen haben für Luzern gravierende finanz- und wirtschaftspolitische Folgen.

Ruedi Baumann ruft die Delegierten auf, mit Engagement in den kommenden Wahlkampf zu gehen und stolz zu sein auf die Vorreiterrolle der Grünen, die sie in der Gentechnologie, bei der Landwirtschaftsreform, der ökologischen Steuerreform, mit der Lancierung der Quoteninitiative, bei der Flexibilisierung des Rentenalters und jetzt auch mit der Lancierung der Strukturreformdiskussion beweisen.

Cécile Bühlmann erwähnt in ihrem Rückblick auf die Session die Bundesratswahlen, bei der das von der grünen Fraktion unterstützte Duo Roos/Roth keine Mehrheit fand. Im Schatten dieses medienwirksamen Ereignisses fand die Debatte zur Verkehrshalbwertungsinitiative statt, die die grüne Fraktion trotz dem Vorwurf der Lebensfremdheit unterstützt hat. Die parlamentarische Initiative von Pia Hollenstein, mit der sie die lückenlose Aufarbeitung der Beziehung Schweiz/Südafrika während der Zeit des Apartheid-Regimes verlangte, wurde von der Ratsmehrheit abgeschwächt und als Forschungsauftrag überwiesen. Katrin Kuhn ist als Nachfolgerin von Hanspeter Thür neu Mitglied der Nationalratsfraktion.

2. Statutarisches

Als StimmzählerInnen werden Willi Perret-Gentil, Katharina Prelicz-Huber, Philipp Federer und Regina Mumenthaler gewählt.

Das Protokoll der Delegiertenversammlung vom 31. Oktober 1998 in Montreux wird stillschweigend genehmigt.

Hubert Zurkinden stellt die «GrünEn & Solidarität» Kanton Freiburg vor, die 1990 aus einem Zusammenschluss von drei Gruppen (Parti écologiste fribourgeois, Ecologie & Solidarité, div. feministischen Bewegungen und GSoA) hervorgegangen sind. In Agglomeration und Stadt Freiburg haben sie 40 Mitglieder und ebensoviele SympathisantInnen. Sie haben drei Sitze im Kantons-, sechs im Stadtparlament und einen Sitz in der Exekutive der Stadt Freiburg inne. Die klare Haltung der Grünen Partei in der Europafrage ist Hauptgrund für das Stellen des Aufnahmegesuchs.

Nach zwei Voten, die sich kritisch mit der Nähe von GrünEn & Solidarität zu linken und gewerkschaftlichen Kreisen auseinandersetzen, werden die Freiburger mit Applaus in der Grünen Partei Schweiz willkommen geheissen.

Einstimmig in den Vorstand gewählt werden Margrit Bühler (AG), Esther Maag-Zimmer (BL) und Ruth Daellenbach (FR).

3. Grüne Position zu Frauen und Männern

Rosmarie Bär unterstreicht in ihrem Referat zum Thema «Frauen- und Männerpolitik für eine menschliche Gesellschaft», dass die Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen Kernthema grüner Politik ist. Frauen und Männer sollen ihre eigenen Lebensformen wählen können ohne Diskriminierung. Die Teilung der unbezahlten Arbeit, existenzsichernde Erwerbsarbeit und die Einführung der Mutterschaftsversicherung sind Vorbedingung dafür. Ein Massnahmenkatalog zur Behebung der globalisierten Diskriminierung der Frauen wurde an der Frauenkonferenz von Beijing 1995 erarbeitet. Er dient als Grundlage für das nun vorliegende Positionspapier. Eine menschliche Gesellschaft basierend auf Gerechtigkeit und Solidarität, so lautet die Hauptforderung grüner Politik. Das Frauenpositionspapier ist als Anstoss zur Hinarbeit auf dieses Ziel zu verstehen.

In der darauffolgenden Diskussion wird kritisiert, dass das Dokument nicht den Kantonalsektionen zur Stellungnahme vorgelegt wurde, zudem wird auf die schwerwiegenden Mängel der französischen Übersetzung hingewiesen. Cécile Bühlmann erläutert, dass das Papier in breiter Vernehmlassung bei den Mitgliedern der Grünen Frauen Schweiz war und in mehreren Schritten überarbeitet wurde.

Sie bittet darum, das Papier mit den Änderungsanträgen, die noch vorgelegt werden, an dieser DV zu verabschieden.

Ruth Genner präsentiert die Anträge, die aus der Jahrestagung der Grünen Frauen hervorgegangen sind:

Antrag 1: Existenzsichernde Löhne für Frauen und Männer

1. *«Wir setzen uns ein für existenzsichernde Löhne für Frauen und Männer, damit eine partnerschaftliche Aufteilung der Familienarbeit möglich ist. Lohndiskriminierungen gegen Frauen sollen entschieden bekämpft werden. Entsprechend sind gesetzliche Grundlagen, Rechtsprechung und Sozialversicherungen anzupassen.»*

(Rest gleichlautend)

Antrag 1 wird mit einer Gegenstimme bei drei Enthaltungen angenommen.

Antrag 2: Arbeitsverträge auf Abruf nur mit gesicherten Rahmenbedingungen

Änderung: *Eine garantierte Lohn- und soziale Sicherheit muss auch bei der Arbeit auf Abruf gesichert sein.*

Antrag 2 wird mit einer Gegenstimme bei acht Enthaltungen angenommen.

Antrag 3: Schwangerschaftsabbruch ohne Indikation und Beratung

Zusatz: *Freiwillige Beratungsangebote sollen weiterhin geschaffen und gefördert werden.*

Antrag 3 wird mit zwei Gegenstimmen angenommen.

Antrag 4: Kein Zugriff auf die Eizelle

Ersatz: *Die menschliche Eizelle darf nicht manipuliert werden, sie gehört nicht ins Labor.*

Antrag 4 wird mit einer Gegenstimme bei fünf Enthaltungen angenommen.

Antrag 5: Neuer Titel: *Kein Ausbau der Pränataldiagnose und kein Zwang zu deren Anwendung*

Antrag 5 wird mit drei Gegenstimmen bei acht Enthaltungen angenommen.

Gérald Viredaz legt die folgenden Anträge vor:

Antrag 1: La violence est un problème d'homme

Ergänzung nach Absatz 1: *Les femmes ont d'autres manifestations de violence surtout contre elles-mêmes. Une meilleure prévention de la violence est nécessaire dans les familles.»*

Antrag 1 wird mit 37 zu 32 bei 19 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 2: G Violence: Interventions accrues des autorités contre la violence familiale

Ersatz: *Pour que la violence entre les sexes qui existe souvent dans le milieu familiale diminue, il est nécessaire de prendre des mesures préventives.*

Rest gleichbleibend.

Antrag 2 wird mit 16 gegen 47 Stimmen bei 23 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 3: zurückgezogen

Antrag 4: Autodéfense des filles doit devenir une matière obligatoire

Ersatz: «*filles*» durch «*enfants*»

Antrag 4 wird mit 21 zu 44 Stimmen bei 11 Enthaltungen abgelehnt.

Antrag 5: I. Sécurité sociale: Diminution de la déduction de coordination de la LPP

Anfang neu: *Pour que les temps partiels puissent aussi quotiser.....*

Antrag 5 wird mit 36 zu 20 Stimmen bei 20 Enthaltungen angenommen.

Der Rückweisungsantrag von Roland Ostermann, mit dem er verlangt, dass das Papier zurück an die Kantone, dort diskutiert und erst an einer nächsten DV verabschiedet werden soll, wird mit grosser Mehrheit bei 9 Gegenstimmen abgelehnt.

Das Papier «Grüne Position zu Frauen und Männern» wird mit 77 Ja zu 6 Nein bei 8 Enthaltungen angenommen.

4. Grundsatzbeschluss zur Initiative «Mehr Demokratie mit weniger Kantonen»

Adrian Schmid verweist neben dem sozialen, dem ökologischen und feministischen auf das vierte Standbein der grünen Politik : auf das der Demokratie, des Föderalismus. Gefragt sei ein moderner Föderalismus an der Schwelle dieses neuen Jahrtausends. Mit der Lancierung einer Volksinitiative, könnte die Diskussion um neue Staatsstrukturen vorwärts gebracht werden. Er plädiert für Mut zur aktiven Mitgestaltung dieses Aufbruchs. Für den Umbau der Kantone sprechen: der Mentalitätswandel, der wirtschaftliche Wandel, der gesellschaftliche und staatspolitische Wandel. Es soll nicht darum gehen, die Schweiz von oben in sieben Grosskantonen aufzuteilen. Das Initiativbegehren soll durch eine Arbeitsgruppe in Form einer allgemeinen Anregung formuliert werden.

François Cherix, Mitinitiant der Bewegung für den Zusammenschluss Waadt/Genf anstrebt, weist darauf hin, dass Grossregionen auf sozialer, wirtschaftlicher, kultureller Ebene bereits existieren. Strukturen müssen also nicht neu erfunden, sondern höchstens an bestehende Realität adaptiert werden. Isoliert haben die Kantone keine Zukunft. Im europäischen Kontext ist die Stärkung der Regionen wichtig. Diese Überlegungen haben zur Lancierung der Initiative zur Zusammenlegung Waadt/Genf geführt und bereits eine breite, engagierte Diskussion ausgelöst.

Luc Recordon ruft zur Vorsicht und Sorgfalt auf bei der Behandlung des Themas. Immerhin sei die jetzige Situation historisch gewachsen und garantiert kulturell und sprachlich ein Gleichgewicht. Bei einem wahrscheinlichen Beitritt der Schweiz zur EU innerhalb der nächsten Jahre werde es auf jeden Falle eine Neuordnung zwischen eidgenössischer und kantonaler Ebene geben. Er schlägt vor, einen Verfassungsartikel zu formulieren, der es den Kantonen erlaubt, frei zu fusionieren und auch mit den Nachbarländern die Zusammenarbeit aufzunehmen.

Esther Maag berichtet über die vier Motionen, die im Februar und März in den Parlamenten der Kantone AG, BS, BL und SO eingereicht wurden und die verlangen, dass die Voraussetzungen zur Gründung eines Kantons Nordwestschweiz geschaffen werden. Die Motionen haben schweizweit ein grosses Echo ausgelöst.

Markus Ritter weist daraufhin, dass eine Binnenneuordnung nach dem EU-Beitritt ohne Bestand sei. Seine Vision ist die einer Einföderung der Schweiz in Europa: entstehen müssten autarke Grossregionen, in denen Leistungserbringung und Leistungsfinanzierung gewährleistet sind.

Hans Eigenmann verlangt mit seinem Antrag, dass der bestehenden Arbeitsgruppe ein Auftrag zur Weiterarbeit erteilt wird. Auf die Lancierung einer Initiative soll aber vorläufig verzichtet werden. Ziel der AG: Kritik an den staatlichen Strukturen, Analyse der Mängel, Formulierung von Lösungsansätzen, Intensivierung des Dialogs innerhalb und ausserhalb der Partei. Abschluss der Arbeiten bis Ende 2001.

Ruedi Baumann erläutert die Position des Vorstandes. Nach einer intensiven Diskussion hat sich der Vorstand mit 14 gegen 3 Stimmen und zwei Enthaltungen für Weiterverfolgung des Projektes ausgesprochen. Das Zukunftsprojekt garantiere Medienpräsenz. Die Unterschriftensammlung müsse in Kooperation mit anderen Organisationen, ev. auf Internet angegangen werden. Er kann sich dem Antrag

Hans Eigenmann anschliessen, allerdings ohne den Satz «Abschluss der Arbeiten Ende 2001».

In der anschliessenden Debatte unterstreichen verschieden Rednerinnen und Redner die Notwendigkeit einer Diskussion der bestehenden politischen Strukturen, betonen aber auch, dass das Thema mit Sorgfalt angegangen werden muss. Wahltaktische Überlegungen dürften nicht im Vordergrund stehen. Nachdem sich Hans Eigenmann mit der Abänderung seines Antrags einverstanden erklärt, wird dieser modifizierte Antrag Hans Eigenmann einstimmig gutgeheissen!

5. Abstimmungsparolen 18. April 1999 : Bundesverfassung

Roland Ostermann war als Mitglied der Grünen Fraktion in der Spezialkommission zur Revision der Bundesverfassung, . In die nun vorliegende, nachgeführte Bundesverfassung sind wichtige ökologische Anliegen aufgenommen worden: mehrmals erwähnt das Prinzip der Nachhaltigkeit, die Chancengleichheit, das Klonierungsverbot von Menschen, Schutz der Kinder und Jugendlichen.

In der Diskussion bezeichnet Diego Hättenschwiler die neue Bundesverfassung als grünen Grosse Erfolg. Aufgabe der Grünen sei es nun, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass sie verwirklicht werden.

Der Vorstand empfiehlt einstimmig die Ja-Parole, die Delegierten schliessen sich dem ohne Gegenstimmen und Enthaltungen an.

5.a Bilaterale Verhandlungen / Landverkehrsabkommen

Laut Alf Arnold, dem Geschäftsführer der Alpeninitiative, wird das Abkommen mit der EU über den Landverkehr die Umsetzung des Alpenschutzartikels massiv erschweren. Die Alpeninitiative und andere Umweltorganisationen haben flankierende Massnahmen verlangt. Auf Anregung der grünen Fraktion wurden diese in einem Verlagerungsgesetz konkretisiert. Der Bundesrat und eine Arbeitsgruppe der Bundesratsparteien haben ebenfalls ihre Vorstellungen publiziert, wobei vor allem der Vorschlag des Bundesrates dem Alpenschutzartikel widerspricht. Alf Arnold ruft die Delegierten dazu auf, das von den Umweltverbänden verlangte Verlagerungsgesetz zu unterstützen.

Die Unterstützung der von den Umweltverbänden ausgearbeiteten flankierenden Massnahmen wird von den Delegierten einstimmig gutgeheissen.

6. Verschiedenes

Ruth Gonseth ruft die Delegierten auf, die im Saal aufliegenden Karten mit der Forderung nach einer gentechnikfreien Landwirtschaft an Bundesrat Leuenberger zu schicken.

Bern, 15. April 1999

Für das Protokoll: Gabriela Bader